

Rheingauer Anzeiger.

80. Jahrgang.

Amtliches
für den westlichen Teil

umfassend die
Stadt- und Landgemeinden

Kreis-Blatt
des Rheingau-Kreises.

des vorm. Amtsbezirks
Rüdesheim am Rhein.

Fernsprech-Anschluß Nr. 9

Bezugspreis: viertel-
jährlich M. 6.—, in
der Geschäftsstelle ab-
geholt M. 5.80; durch
die Post bezogen viertel-
jährlich M. 6.— ohne
Postgeld.

Einzige amtliche
Rüdesheimer Zeitung.

Anzeigenpreis:
die kleinste (Petit) Zeile
ab. deren Raum 20 Hg.
Ankündigungen vor und
hinter d. redaktionellen
Teil (soweit inhaltlich
zur Aufnahme geeignet)
die Petitzelle ab. deren
Raum 60 Hg.
Beide Preise bis auf
weiteres mit 25%
Erweiterungszuschlag.

M 77

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Donnerstag, 1. Juli

Verlag der Buch- und Steindruckerei
Fischer & Metz, Rüdesheim a. Rh.

1920.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der Herr Landrat zu St. Goarshausen hat wegen der starken Weiterverbreitung der Maul- und Klauenseuche in den Gemeinden Nievern, Dachsenhausen und Buch über diese Gemeinden die Ortssperre verhängt.

Rüdesheim, den 26. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mühlen.

Bekanntmachung.

Nach Mitteilung des Herrn Landrats zu Langenschwalbach ist unter dem Rindvieh in Breithardt, Dicksied, Königshofen und Mappershain die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden.

Rüdesheim, den 25. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mühlen.

Bekanntmachung.

Nach Mitteilung des Kreisamtes Bingen ist in den Gemeinden Aspelsheim, Dorweiler, Großwinternheim, Engelsdorf und Nieder-Silberstein die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden. Die erforderlichen Maßnahmen sind getroffen.

Rüdesheim, den 26. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mühlen.

Bekanntmachung.

Vom Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden bin ich zum Kommissar für das Abstimmungsverfahren zwecks Errichtung einer Zwangsinnung für alle im Rheingaukreise das Müllerhandwerk selbstständig betreibenden Personen ernannt worden.

Die Äußerung für oder gegen die Errichtung einer Zwangsinnung für das Müllerhandwerk im Rheingaukreise sind schriftlich bis zum 10. Juli 1920 bei mir abzugeben.

Die Abgabe der mündlichen Äußerungen kann während des angegebenen Zeitraums werktäglich von 9 bis 12 Uhr vormittags im Landratsamte zu Rüdesheim, Zimmer Nr. 3, erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Personen, welche im Rheingaukreise das Müllerhandwerk selbstständig betreiben, zur Abgabe ihrer Äußerung mit dem Bemerkens auf, daß nur solche Erklärungen, die erkennen lassen, ob der Errichtung einer Zwangsinnung zustimmt oder nicht, gültig sind und daß nach Ablauf des obigen Zeitpunktes eingehende Äußerungen unberücksichtigt bleiben.

Die Abgabe einer Äußerung ist auch für diejenigen Personen erforderlich, welche den Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung gestellt haben.

Rüdesheim, den 26. Juni 1920.

Der Kommissar:
Dr. Mühlen.

Die Aufgaben des neuen Kabinetts.

Das Kabinett Fehrenbach, entstanden aus der Krise, bedingt durch den Ausgang der Wahlen, errichtet aus den Stärkeverhältnissen, Forderungen und Widerständen der Parteien muß als politische Tatsache so hingenommen werden, wie es ist. Kritik an seiner Zusammensetzung und seinen Mitgliedern kommt heute zu spät

oder zu früh, das Kabinett ist nicht ein Werk, sondern ein Ergebnis. Erörterbar sind gegenwärtig nicht seine Voraussetzungen, an denen nichts mehr zu ändern ist, noch seine Eigenschaften, die sich besonders bei den neuen Männern erst zeigen müssen, sondern seine Aufgaben.

Welches sind diese Aufgaben? Die nächste ist vielleicht die glanzlose aber unerläßliche der Selbsterhaltung. Auf ihr beruht nun einmal die Möglichkeit, die Erfüllung aller anderen Aufgaben auch nur zu versuchen. Ein Kabinett, dessen Grundriß vorläufig kaum etwas anderes ist als der Querschnitt durch das Mißtrauen aller Parteien, muß auch nach innen diplomatische Mittel anwenden, um überhaupt regierungs- und verhandlungsfähig zu bleiben. Da es keine gesicherte Mehrheit hat, ist es darauf angewiesen, sich bei den aufstehenden Parteien zum wenigsten Duldung zu sichern. Man beachte, wie, in ähnlicher Lage, der vielgewandte Giolitti verfuhr. Dieser Staatsmann, der tatsächlich die Politik seines Vorgängers fortsetzte, dabei aber ein Neuerer scheinen muß, gewann den stürmischen Beifall der Kammer, indem er schonungslos Vorgehen gegen die Budgeter und restlose Versteigerung der Kriegsgewinne versprach. Die bestehenden Bündnisse erklärte er pflegte, gleichzeitig aber mit allen europäischen Staaten gute Freundschaft halten zu wollen, für Albanien wünschte er nicht Angliederung an Italien, aber „völlige Unabhängigkeit“. Auch das Kabinett Fehrenbach muß stark und entschlossen scheinen können, um es, im günstigsten Falle, später zu sein.

Die innerpolitischen Aufgaben sind von dem Wort „Wiederaufbau“ umschlossen. Soll dies Wort einen Inhalt haben, so muß es sich um die Mittel handeln, mit denen selbstverständliche und unbestrittene Zwecke erreicht werden sollen. Diese Mittel können, wie heute die Dinge liegen, nur aus dem vorhandenen Stoff und dem gegebenen Werkzeug der deutschen Wirtschaft gewonnen werden. Bevor die beschädigte aber doch allein vorhandene Wirtschaftsmaschine für ihre eigene Erzeugung arbeiten kann, muß sie, so wie sie ist, zuvor wieder leistungsfähig gemacht werden. Wie ist die Kohlenförderung am schnellsten zu steigern? Wie bringt man die Landwirtschaft, wie die Industrie zu den höchsten zur Zeit möglichen Erträgen? Welche Wirtschaftsträger erhalten am schnellsten und leichtesten Auslandskredite? Welche Steuerart greift die Erzeugungsmittel am wenigsten an? Diese Fragen sind vorläufig wichtiger als die Frage, welche Umwandlungen das Ganze der Wirtschaft künftig erfahren könnte.

Es versteht sich von selbst, daß diese Wiederaufbau- und Wirtschaftsaufgaben nur möglich ist unter bestimmten außenpolitischen Voraussetzungen. Angeblich sollen Deutschlands Vertreter in Spa nur über die Wiedergutmachungsfordernungen verhandeln dürfen, die über eine von den Verbandsmächten zuvor vereinbarte Mindestsumme hinausgehen. Eine solche Festsetzung würde das Verhandeln selbst zwecklos machen; die 30 Milliarden, die der Engländer Keynes vorschlägt, sind die äußerste, vielleicht schon nicht mehr erreichbare Grenze deutscher Leistungsfähigkeit. Unsere Unterhändler können im übrigen auf die Ausführungen der „Westminster Gazette“ hinweisen, die den Verbandsmächten vorrechnen, daß sie zur Erzwingung eines überhöhten Tributs an Befehungskosten größere Summen aufwenden müßten, als die Mehrforderung ausmacht. Und kann dem Ausland daran liegen, die Regierung, die seine Verträge unterschreiben soll, durch die Folgen einer übertriebenen Heeresverminderung unmöglich zu machen? Deutschland brauche Beschränkung seines Geld- und

Kohlentributs, ein Heer von angemessener Stärke, Kredit, Revision des Versailler Vertrages. Zu dem allem aber braucht es eine Regierung, die in der Lage ist, solche Forderungen im Namen des Parlaments und Volkes zu stellen. Nach den Aufgaben, nicht nach der manchen nicht genehmen Zusammensetzung des Kabinetts bemesse man die Unterstützung.

Neue Gefahren.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“ erfahren, hat Reichswehrminister Dr. Gessler sein Verbleiben im Amte von dem unverletzten Bestande des deutschen Heeres das kaum zur Wahrung der inneren Ordnung ausreicht, abhängig gemacht. Der Minister lehnt in Kenntnis der drohenden Gefahren die Verantwortung gewissenhafter Weise ab, wenn das Ordnungsinstrument in seiner Hand zerbrochen wird. Die Lage im Reich hat sich während der Kabinettskrise wieder äußerst kritisch gestaltet. Aus verschiedenen Teilen des Reiches laufen Berichte ein über Bildung von roten Armeen, denn von Verbänden der kommunistischen Arbeiterpartei werden militärische Übungen abgehalten, besonders aus dem Freistaat Sachsen werden alarmierende Einzelheiten bekannt, die sich auf eine militärische Organisation der unter der Maske von Einwohnerwehren in der Ausbildung begriffenen Truppen der U. S. P. D. beziehen. Ein volksparteiliches Blatt in Bayern ist sogar in der Lage, einen Geheimbericht über eine Spezialkommission der Unabhängigen zu veröffentlichen, der sich mit der Instruktion eines Generalstreiks in Deutschland befaßt, der die Stilllegung auch der lebenswichtigen Betriebe und die Entwaffnung der Einwohnerwehren zur Folge haben soll. Ob diese Meldungen, die von der „Voss. Zig.“ an hervorragender Stelle ausführlich zusammengefaßt worden sind, nicht übertrieben sind, läßt sich im Augenblick nicht prüfen. Das „Berliner Tageblatt“ zwar will regierungsseitig erfahren haben, daß die Gerüchte „völlig unbegründet“ (?) seien. Es wäre gewiß ein Glück, wenn das führende demokratische Blatt Recht hätte, aber zweierlei lassen doch Bedenken aufstehen, ganz abgesehen davon, daß es besser ist, wenn wir uns (bei den Erfahrungen) gegen alle Möglichkeiten scharf machen. Das eine Bedenken fußt auf einem Argument aus dem Gegenteil. Die „Freiheit“ bemerkt nämlich zu dieser „Spiegelmarke“, es sei unnötig zu sagen, daß in der Partei niemand daran denke, die politischen Machtverhältnisse durch Sabotageakte zu ändern. Diese Beschönigungen sind fast bekannt. „Ein Gebrannter scheut's Feuer.“ Bis jetzt hat die U. S. P. D. noch vor fast jedem Generalstreik einen solchen in Abrede gestellt. Und zweitens: „Wäre dem so, was hätte es für einen Sinn, wenn der Reichswehrminister mit seinem Rücktritt droht für den Fall, daß der Heeresbestand verringert würde? Anscheinend hat er sich doch über die „Lage“ sein eigenes, wohl begründetes Urteil bilden können. Und schließlich sollte man bedenken, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei sich nicht umsonst, trotz ihrer Stärke, von der Regierungsbildung ausgeschlossen hat, die sie bei einer Beteiligung in ihrer Entschluß- und Stoßfreiheit in der unangenehmsten Weise gehemmt hätte.

Berlin, 26. Juni. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ liest man: In Berlin steht man vor der Entscheidung über die Möglichkeit der staatlichen Existenz. Die 100 000 Mann, um die die Reichswehr kleiner werden soll, sind kein einfaches, sondern ein doppeltes Minus. Nicht nur, daß die Reichswehr diese 100 000 Mann verliert, ein namhafter Teil

Dieses bisher staatsrechtlich Clementes wird von wirtschaftlicher Not gezwungen werden, in das Lager des Widerstandes und der Unruhen überzugehen.

Reichskanzler Fehrenbach vor dem neuen Reichstag.

11. Berlin, 28. Juni. Kurz nach 11 Uhr durch den Präsidenten Loebe eröffnet, brachte der neue Reichstag, nachdem sich das Kabinett dem Hause vorgestellt hatte, die Rede des neuen Reichskanzlers Fehrenbach, der ernstliches Bestreben versprach, das Reichsschiff über den stürmischen Wogen zu halten und es vor Schiffbruch zu bewahren.

In der äußeren Politik gelte es vor allem, das Mißtrauen unserer früheren Feinde zu beseitigen. Machtpolitische Träume und Revanchegedanken seien völlig auszuschalten. Es gelte, das im Krieg zerstörte wieder aufzubauen. Der Parteizwist und verfassungsrechtliche Kämpfe müßten in einer Zeit, wo es um Leben und Sterben eines Volkes gehe, zurückgestellt werden.

Auch bei Befehung der Ämter müsse die Parteizugehörigkeit außer Betracht bleiben.

Bei der Organisation der Reichswehr müsse die Kunst, die sich zwischen Volk und Heer angeschlossen, überbrückt werden.

Hauptaufgabe der inneren Politik sei aber die Ordnung der Finanzen. Die Devisenwirtschaft, z. B. bei der Post 1 Milliarde, bei der Eisenbahn 15 Milliarden, könne nicht so weiter gehen. — Gegen Steuersenkungen sei am's schärfsten vorzugehen.

Überall müsse die Gütererzeugung mit allen Kräften betrieben, die Landwirtschaft ebenso fruchtbringend ausgenutzt, Rohle und Kali reichlich zu Tage gebracht und befördert werden.

Fester Wille der neuen Regierung sei, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr zu regieren.

„Wir sind eine sogenannte bürgerliche Regierung — so schloß der neue Kanzler seine eindrucksvolle Rede, — wir wollen sein eine Regierung der Versöhnung, des Ausgleichs der Gegensätze, des Aufrufs an die ganze Nation zur tatkräftigen Mitarbeit an der Wiederaufrichtung des zusammengebrochenen Vaterlandes. Nötiger als eine starke Faust scheint uns jetzt jene ehrlich dargebotene Hand zu sein, in die alle Wohlmeinenden einschlagen können. Es ist die Hand, welche die Schwülen und verdorrten Arbeit aufweist und sich nach einem langen Lebenswerk nur mit der Friedenspalme schmücken will.“

An das deutsche Volk und seine Vertretung appellieren wir, daß sie sich bei ihren politischen Entscheidungen von den gleichen Beweggründen leiten lassen. In einer Stunde der Not und folgenschwerster Entscheidung treten wir vor den deutschen Reichstag. Gemeinsam wollen wir schaffen, Trennendes zurückstellen, uns zusammenfinden im Gedanken des Opfers für das große Ganze.“ (Stürmischer Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Vermischte Nachrichten.

11. Kadesheim, 29. Juni. Morgen, Donnerstag, 1. Juli, nachmittags 5 Uhr, findet auf dem Rathaus eine Stadtverordnetenversammlung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Vohntarif für die städtischen Arbeiter. (Begründung durch den oder die Herren Vertreter der Arbeiterverbände, insbesondere durch Herrn Verbandsleiter Funke zu Mainz.) Antrag des Herrn Stadtverordneten Maß.

2. Festsetzung des Preises für das Volksbad in der Schule.

3. Schulzahnspflege.

4. Lagerung der Dedden im Armenhaus.

5. Wahl eines Mitgliedes aus der Bürgerchaft in die Lebensmittelkommission.

6. Schulgeld der Höheren Mädchenschule.

7. Mitteilung der Regierung über Zulassung eines Anabens in die Mädchenschule.

8. Anträge des Hrn. Stadtverordneten G. o. d.

9. Anfrage des Herrn Stadtverordneten Christian, betreffend die Preise für das Holz aus dem Stadtwalde.

10. Anfragen des Herrn Stadtverordneten Richter, insbesondere nach dem Ergebnis der Prüfung der Verhältnisse an der Stadtkasse, nach dem Stand der Vorarbeiten für den Rechnungsvoranschlag für 1920, nach dem Abschluß der Stadtkasse für die Jahre 1918—19 und nach dem Stand der Nachprüfung der Rechnungen vom Jahre 1913 ff.

11. Haushaltsplan für 1920.

12. Mitteilung eines Schreibens des früheren Stadtverordneten, Herrn J. Scheffler.

11. Kadesheim, 30. Juni. Das Bürgermeisteramt gibt folgendes bekannt:

Mit Rücksicht auf die heutige reiche Obsternte müssen die von den Händlern für Obst geforderten Preise im Kleinhandel als durchweg zu hoch bezeichnet werden. Indem ich hiermit anordne, daß der Preis für jede Obstsorte deutlich lesbar an der Ware angebracht sein muß, warne ich gleichzeitig die hiesigen Obsthändler vor einem Festhalten des Obstes zu Wucherpreisen und werde durch die polizeilichen Organe strenge Aufsicht in der angegebenen Richtung ausüben lassen. Bei Zuwiderhandlungen werde ich unmissichtlich gegen die Schuldigen durch Beschlagnahme der Ware und Einleitung des Strafverfahrens vorgehen. Das Publikum ersuche ich um Mitwirkung durch unverzügliche Anzeige von Fällen wucherischer Ausbeutung.

11. Kadesheim, 30. Juni. Gestern nachmittag tagte im Kreisbildungsraum des Kreishauses in Kadesheim eine Versammlung von Vertretern der größeren Bürgervereinsräte, Kreis- und Ortsbauernschaften, der Gewerkschaften sowie der Händler des Rheingaukreises, in der eingehend die augenblickliche wirtschaftliche Lage, insbesondere im Hinblick auf die Vorgänge in den benachbarten Städten wie Mainz, Wiesbaden usw. besprochen wurde. Allseitig wurde betont, daß es im Rheingaukreise zu ähnlichen Vorankommen auf dem Obstmarkt und in den Lebensmittelgeschäften wie in den Nachbarstädten nicht kommen dürfe und daß man bestrebt sein müsse, der Lage schnellstens Herr zu werden, durch Schaffung von entsprechenden Einrichtungen und weitgehendster Aufklärung der Bevölkerung. In längerer Ansprache hat vor allen Dingen der Vertreter der Gewerkschaften, Herr Gewerkschaftsführer Trauer aus Winkel, die Notwendigkeit engsten Zusammengehens und voller Uebereinstimmung bei allen zutreffenden Maßnahmen seitens sämtlicher berufener Vertreter der einzelnen Berufsstände hervorgehoben und versprochen, seitens der Gewerkschaft auch die notwendige Aufklärung in die Arbeiterkreise zu tragen. Man kam überein, dem Kreisaußschuß des Rheingaukreises die sofortige Einrichtung einer Preisprüfstelle vorzuschlagen und hielt es für zweckmäßig, wenn zunächst je 2 Vertreter aus dem Kreise der Verbraucher, der Händler und der Erzeuger in diese Stelle berufen würden. Der gleichzeitig tagende Kreisaußschuß hat noch im Laufe der Sitzung die Errichtung einer Preisprüfstelle beschlossen, deren Aufgabe es sein muß, nunmehr sofort Richt- bzw. Höchstpreise für die wichtigsten Lebensmittel und sonstigen Bedürfnisse des täglichen Verbrauches, soweit sie nicht rationiert sind, festzusetzen.

11. Kadesheim, 30. Juni. Der Stadt sind 120 Meter weißes Hemdentuch und 30 Paar Herrensocken zugeteilt worden. Anmeldungen haben bis 3. Juli bei dem Lebensmittelamt zu erfolgen. — Am Freitag und Samstag gelangt im alten Amtsgericht Dörsenmich zur Ausgabe. Näheres ist an den Anschlagtafeln bekanntgegeben.

KA Kadesheim, 28. Juni. Bekanntlich ist der Bezirksverband genötigt, zur Deckung seiner Ausgaben für das Rechnungsjahr 1919 eine weitere Bezirksabgabe von 13 1/2 % zu erheben. Aus den Zeitungsnachrichten konnte man ersehen, daß in den größeren Städten z. B. in Wiesbaden, eine weitere Umlage in der Höhe der Bezirksabgabe unerlässlich geworden ist. Der Rheingaukreis sieht sich in der günstigen Lage, nur 3 1/2 % zur Deckung der Abgabe noch an Steuern zu bedürfen. Die restlichen 10 % können der bereits im Vorjahre beschlossenen Kreisabgabe in der gleichen Höhe entnommen werden, die zur Verbilligung der Lebensmittel in der Zeit von Juli bis Oktober 1919 bestimmt war. Die Aufwendung des Steuerbeitrages für diesen Zweck ist nicht mehr erforderlich, nachdem das Reich sich bereit erklärt hat, die gesamten Kosten der Verbilligung zu übernehmen. Die hiernach auf die einzelnen Gemeinden des Rheingaukreises entfallende Summe ist so unerheblich, daß jede Gemeinde sie unschwer ohne Erhebung einer besonderen Steuerquote aus laufenden Mitteln wird decken können.

11. Kadesheim, 30. Juni. In der gestern Abend stattgefundenen Hauptversammlung der Turngemeinde wurden die endgültigen Einteilungen für das am nächsten Sonntag hier abzuhaltende Wettkurren des Turngaues Süd-Rhau getroffen. Die Beteiligung übertrifft die der früheren Friedensjahre sowohl an Zahl der angemeldeten Wettkurren als auch besonders in der Mannigfaltigkeit des Gebotenen. Eine große Anzahl Vereinslegen werden antreten, das Turnen der älteren Turner

wird zeigen, daß die turngemäße Körperpflege bis in die höheren Jahre frisch und gesund erhält; die zahlreichen Kiege der Frauen- und Mädchen-Abteilungen werden sich im Turnen an den Geräten, in Spielen und Reigenvorführungen betätigen. Um 7 Uhr abends ist Siegerverkündigung. Montag nachmittag wird auf dem Festplatz der Schuljugend Gelegenheit zum turngemäßen Spielen geboten werden. Das Fest, dem eine Begräbnisfeier am Samstag Abend vorhergeht, findet auf den prachtvoll am Rhein gelegenen Spielwiesen statt. Die Festordnung ist im Anzeigenteil der heutigen Nr. unseres Blattes abgedruckt.

11. Mainz, 28. Juni. Hier haben mehrfach Sitzungen stattgefunden, in denen die Vertreter der Behörden mit denen der Erzeuger und der Verbraucher Maßnahmen erörterten, um eine alsbaldige Preisentlastung herbeizuführen. Nach einer amtlichen Mitteilung ist mit den landwirtschaftlichen Vertretern eine Vereinbarung bereits dahin getroffen worden, daß für die Obstgroßmärkte in den hauptsächlichsten Erzeugungsgebieten wie Jülich, Heidesheim usw. Erzeugerpreise festgesetzt werden, die wesentlich unter dem bisherigen Preisen stehen.

11. Mainz, 28. Juni. Heute früh hatten sich auf dem Marktplatz Tausende von Menschen angesammelt, darunter massenhaft Janhagel und der Polizei wohlbekannte Persönlichkeiten. Französische Gendarmen-Patrouillen sind ausbezogen und drei Panzerautos sowie drei Tanks in der Nähe des Marktplatzes aufgeföhren. Unter dem Druck der Zwangsverkäufe scheint eine wesentliche Herabminderung der Preise für manche Artikel bereits eingetreten zu sein. Am Samstag nachmittag wurden in mehreren Geschäften Kirchen zu 1.50 M., Erbsen zu 80 bis 90 Pfg. verkauft und auch andere Artikel zu bedeutend herabgesetzten Preisen. In den hauptsächlichsten Obstmarkorten wie Jülich, Heidesheim und Nieder-Jungelheim haben sich die Landwirte zu bewaffnetem Widerstand gegen etwaige Züge der Mainzer Bevölkerung auf das Land organisiert.

Stinnes über Spa.

11. Paris, 28. Juni. Hugo Stinnes erklärte dem Berichterstatter des „Matin“: Spa kommt viel zu früh. Es werde ein Fiasco für beide Teile werden. Man hätte noch einige Monate vergehen lassen sollen, dann hätten sich die wirtschaftlichen und sozialen Probleme entwickeln können und sich eine Lösung von selbst ergeben. Deutschland hätte seine Arbeiter von der Notwendigkeit größerer Arbeitsleistung überzeugen können; augenblicklich sei das schwer. Stinnes glaubt, die wirtschaftliche und finanzielle internationale Solidarität sei ausführbar. Diese würden die Neutralen und Amerika reizen, sich am Wiederaufbau Europas zu beteiligen.

1 198 000 Mk. „Provisionen.“

Der Verein gegen das Bestechungsunwesen teilt unter der Ueberschrift „1 1/2 Mill. Mark Schmiergelder“ mit: Die 7. Strafkammer des Landgerichts 1 in Berlin verhandelte über die Kiefernprovisionen des Prokuristen Plate der Reichsgemüßstelle. Der Verein hat Strafantrag wegen Bestechung gemäß § 12 des Wettbewerbsgesetzes gegen Plate und gegen den stellvertretenden Direktor der Versicherungsgesellschaft Allianz, Grumbt, gestellt. Plate ist als Kriegsteilnehmer amnestiert. Die Anklage richtet sich nur gegen Grumbt. Der Verein ist als Nebenkläger zugelassen. Die Reichsstelle hatte ihre riesigen Transporte zu versichern. Diese Versicherung führte Plate der Allianz zu, deren Agent er war. Plate hat, wie er als Zeuge bestätigt, hierfür von der Allianz von Februar 1917 bis Dezember 1918 1 189 000 Mark „Provisionen“ erhalten. Grumbt gab dem Gericht ein wahrheitsgetreues Bild. Er habe unter dem Eindruck gestanden, daß der Vertrag nicht perfekt geworden wäre, wenn er die Provisionen, die Plate forderte, verweigert hätte. Das Gericht verurteilte Grumbt wegen Bestechung zu 2000 M. Geldstrafe und erkannte auf Veröffentlichung des Urteils in der Zeitschrift für Versicherungswissenschaft. Der Hauptschuldige sei Plate, der seine Stellung dazu mißbraucht habe, um sich als Agent der Allianz persönlich zu bereichern. Er habe die Allianz als Beauftragter der Reichsstelle in unlauterer Weise gegenüber andern Transportversicherungsgesellschaften bevorzugt. Er sei auch Ende 1917, als die Hälfte der Versicherung an staatliche Gesellschaften übertragen wurde, im Interesse der Allianz scharf dagegen aufgetreten.

Der Steuerabzug vom Arbeitseinkommen.

In der „Köln. Zeitung“ schreibt Dr. jur. Müller-Reigel in Köln über den jetzt in Kraft tretenden Steuerabzug vom Arbeitseinkommen u. a.: Zu den vereinfachenden Neuerheiten des Reichseinkommensteuerrechts gehört auch der Lohnabzug. Er verkörpert das Prinzip der Erhebung der Steuer an der Quelle. Nach dem Entwurf des Reichseinkommensteuergesetzes soll diese Art der Steuererhebung ideal und auch praktisch einfach sein. Eins steht fest, der Fis-

tus bekommt bei jeder Lohnzahlung Geld. Das ist für das Reich eine ideale und einfache Tatsache. Im übrigen ist am ganzen Lohnabzugsverfahren nichts einfach und nichts ideal. Dem Arbeitgeber wird eine große Arbeitslast aufgebürdet, zu deren Bewältigung er neue Arbeitskräfte einstellen muß. Der Unternehmer wird dem Arbeiter, der sich im Lohn verzehrt sieht, durch die ihm aufgebürdete Steuereintreibung noch verhaßter werden, als er es schon als angeblicher kapitalistischer Ausbeuter ist. Auch die erzieherische Aufgabe, die dem Unternehmer zugeordnet ist, den Arbeitnehmer zu regelmäßigen und praktischen Steuerzahlungen anzuhalten, vermag den Arbeitgeber nicht für die Summe von Ärger und Haß zu entschädigen, die sich zwischen ihm und dem Arbeitnehmer anhäufen wird. Die Behauptung, daß der Lohnabzug das Beitreibungsoverfahren beschränke und dadurch zu einer Ersparung von Beamten führe, ist unzutreffend. Durch den Steuerabzug wird der vom Arbeitnehmer geschuldete Steuerbetrag nicht voll erfüllt; denn in den meisten Fällen reichen die abgezogenen 10 v. H. des Arbeitseinkommens zur Deckung des Steueranspruchs gegen den Arbeitnehmer nicht aus. Nehmen wir zum Beispiel ein Arbeitereinkommen von 12 000 Mark. Hier beträgt die zu zahlende Steuer 1860 Mark, abgezogen werden aber nur 1200 Mark. In der Mehrzahl der Fälle muß daher der Arbeiter noch mit dem Finanzamt abrechnen, und da er mehr schuldet, wird das Beitreibungsoverfahren, der Besuch des Vollziehungsbeamten, doch nicht ausbleiben.

Der Steuerabzug vom Lohn.

Aus Berlin wird gemeldet, das Reichsfinanzministerium sei grundsätzlich bereit, auf die Forderung der Parteien hin den Steuerabzug einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen. Bis zur Erledigung dieser Prüfung bleiben jedoch die bestehenden Vorschriften ohne jede Änderung in Geltung.

Es kann keine Rede davon sein, mit der Einstellung des Steuerabzugs die wichtigste Einnahmequelle für die Anteilüberweisung der Länder und Gemeinden zu beseitigen. Davon wird die Frage einer baldigen Erleichterung der erwähnten Bestimmungen für die Teile der Arbeiterschaft, die von Betriebseinschränkungen betroffen sind, ferner für die Kriegerwitwen und kinderreichen Familien nicht berührt.

Rafa. Die Einbehaltung von 10 Prozent des Lohnes zur Zahlung der Einkommensteuer.

Der Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer ersucht um Aufnahme folgender Mitteilung, die auch für die rheingauer Winzerkreise von Interesse sein dürfte:

Die Bestimmung des § 45 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 tritt mit dem 25. Juni d. J. in Kraft. Der Arbeitgeber muß demgemäß den Arbeitern und Angestellten 10% von ihrem Lohne (Gehalt) einbehalten, und für den Betrag Steuermarken in eine Steuerkarte des Arbeitnehmers einlefen.

Diese Gesetzesbestimmung hat zu den wunderlichsten Ansichten geführt, und in Arbeiterkreisen versucht man ernstlich, an der Gesetzesvorschrift vorbeizukommen, weil man glaubt, die Abzüge seien dem Arbeitnehmer unter allen Umständen verloren. Dabei stellt der einbehaltene Lohnanteil lediglich eine Sparsumme dar, die später zur Steuerzahlung benutzt werden kann, die aber

in bar zurückgezahlt wird, wenn der Arbeitnehmer keine Steuer zu zahlen braucht, oder zum Teil zurückbezahlt wird, wenn die fällige Steuer die Höhe des Lohnabzuges nicht erreicht.

Es ist auch nicht richtig, daß der Staat die Steuer im voraus verlangt. Die Abzüge, die von Ende Juni ab gemacht werden, dienen ja zur Zahlung der Steuer pro 1920. Davon ist aber schon für sechs Monate der Betrag fällig, wenn auch der Veranlagungszettel noch nicht ausgedruckt ist. Man könnte ja auch, wenn das Gesetz nicht wäre, mit den Abzügen noch warten, oder gar keine Abzüge machen, dann müßte aber der Lohn- und Gehaltsempfänger bei Ausgabe der Steuerzettel sofort einen sehr hohen Anteil, vielleicht die ganze Jahressumme auf einmal bezahlen. Woher aber dann nehmen und nicht stehlen? —

Es ist merkwürdig, daß der Widerstand gegen das Gesetz gerade von den Arbeitern ausgeht, da es ja gerade die Arbeitervertreter gewesen sind, die dieses Gesetz gemacht haben. Die Leute ihrer Wahl waren doch Leute ihres Vertrauens, und da sollte man denken, daß nun die Arbeiter und Angestellten auch ausführen helfen, was ihre Vertreter beschlossen haben, andernfalls würden die Arbeitnehmer den Beweis erbringen, daß sie zur Staatsleistung gar nicht befähigt sind."

Verantw. Schriftleitung: J. L. Mey, Radesheim.

Deutsche Volkspartei.

Die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses der Reichstagswahl hat im ganzen Reich, und insbesondere in unserem Wahlkreis,

einen glänzenden Erfolg für die Deutsche Volkspartei ergeben.

Zu diesem Erfolg hat das **Gebiet unseres Bezirksverbandes Wiesbaden durch die eifrige Arbeit unserer Parteifreunde und Parteifreundinnen** sein redliches Teil beigetragen.

Wir sprechen hiermit **Allen**, die sich so treu und selbstlos in den Dienst unserer Partei gestellt haben, den

herzlichsten und aufrichtigsten Dank

für die geleistete Hilfe aus, und bitten auch ferner um unablässige Mitarbeit für die Erreichung der Ziele unserer Partei:

Wiederaufbau und Gesundung unseres schwergeprüften Deutschen Vaterlandes!

Der Vorstand des Bezirksverband Wiesbaden der Deutschen Volkspartei

Dr. W. F. Kalle, M. d. L., G. Krücke, Rechtsanwalt, C. Anding.

Vorschriftsmäßige Verzeichnisse der beschäftigten jugendlichen Arbeiter

empfehlen

Fischer & Mez, Radesheim.

Zahnpraxis

Elly Lange

Radesheim a. Rh., Markt 13, Fernsprecher 303.

Sprechstunden von 9—12 und 2—5 1/2
Sonntags nur auf vorherige Anmeldung.

Zahnziehen, auch schmerzlos.

Anfertigung sämtlicher Füllungen u. Kautschukarbeiten.
Spez.: Moderner gaumenloser Zahnersatz.
Schonendste Behandlung.

Nikotin.

Einige Kilo reines Nikotin (Schadenmühle) D. R. P. 220 028, f. B. von der Elsass. Tabakmanufaktur in Stroßburg-Neudorf bezogen, hat abzugeben

H. Fuchs, Weingutbesitzer, Taub, Blücherstraße 167.

Mädchen, welches kochen kann, sowie ein Hausmädchen

bei gutem Lohn gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner herrzensguten Frau und treusorgenden Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Schwiegertochter

Frau Betty Müller
geb. Kessler

sprechen wir unsern tiefgefühlten Dank aus. Ganz besonderen Dank Herrn Pfarrer Wüst für die trostreichen Worte am Grabe, sowie den ehrwürdigen kath. Schwestern für die liebevolle Pflege während ihrer Krankheit. Allen herzlichsten Dank für die so zahlreichen Kranz- und Blumenspenden.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Philipp Müller.

Radesheim a. Rh., 30. Juni 1920.

Möbl. Zimmer
mit Kaffee zu vermieten.
Näher. in der Geschäftsstelle ds. Bl.

**Kupfervitriol
Weinberg-
schwefel
Uraniagrün
Nikotin**

allerbeste Qualitäten
sowie ab Lager
lieferbar.

**Julius Hinckel
Söhne
Filiale Kreuznach
Mannheimerstr. 63.
Telefon 803.**

Erdal
Schuhputz



Der Kenner
spricht,
wie angenehm
putzt sich der Schuh
mit Erdalcreme.

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Merz, Mainz

Neues Geschäftsgebäude der **Städtischen Sparkasse Biebrich (Rhein)**
Kaiserstrasse 23/25.

Turngemeinde Rüdesheim a. Rh.

Gauwettturnen in Rüdesheim

des Gaues Süd-Nassau
am 3. und 4. Juli 1920 auf dem Spielplatz.

Festordnung:

Samstag, den 3. Juli 1920, nachmittags von 6 Uhr ab: Empfang der Kampfrichter und Wettturner.
8 Uhr: Kampfrichter-Sitzung im Vereinszimmer der Turnhalle.
9 Uhr: Begrüßungsfeier in der Turnhalle.

Sonntag, den 4. Juli 1920.

Vormittags 7—8 Uhr: Empfang der Wettturner am Bahnhof.
Vormittags 8 Uhr: Beginn des Einzelwettturnens.
Vormittags 10 Uhr: Beginn des Wettturnens der älteren Turner über 35 Jahren.
Nachmittags 2 Uhr: Antreten der Turner nach Bezirken auf dem Marktplatz; von dort Marsch nach dem Spielplatz.
Nach Ankunft: Aufmarsch und Beginn der allgemeinen Freiübungen. Hierauf: Vorführung der Frauenabteilungen, Sondervorführungen und Vereinswettturnen.
Nachmittags 3—6 Uhr: Konzert der Feuerwehr-Kapelle auf dem Festplatz.
Nachmittags 7 Uhr: Siegereverenz.
Abends 9 Uhr in der „Turnhalle“:

Gartenfest mit Ball.

Eintrittskarten zum Festplatz und zum einmaligen Besuch des Festplatzes gültig, à 1 Mk., Kinder in Begleitung Erwachsener haben freien Zutritt.
Eintrittskarten zum Ball: Herren 5 Mk., Damen 3 Mk., Tanzgeld wird nicht erhoben.
Für Mitglieder der Turngemeinde und deren Familienangehörige werden Eintrittskarten (personell ausgestellt) zu ermäßigten Preisen nur im Vorverkauf ausgegeben: Karten zu jederzeitigem Besuch des Festplatzes gültig à Mk. 1.—; zum Ball Mk. 2.—, eine Damenkarte Mk. 1.—.

Der Vorverkauf ist geöffnet in der Turnhalle:
am Samstag, den 3. Juli, von 5—9 Uhr nachmittags
am Sonntag, den 4. Juli, von 10—12 Uhr vormittags.

Der Vorstand.

3. Nr. 621.

Bekanntmachung.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat unterm 17. Juni d. J. folgendes bekannt gegeben:

Wer Gehälter und Löhne, die am 25. Juni oder später fällig werden, vor dem 25. Juni ohne Lohnabzug auszahlt, handelt nach § 5 der Abgabenordnung unzulässig. Jeder Vorstand, der trotzdem auszahlt, macht sich haftbar und strafbar.

Rüdesheim a. Rh., den 28. Juni 1920.

Finanzamt.

Bekanntmachung.

Die Ausübung der Fahrgerechtsame auf dem Rhein zwischen den Orten Rüdesheim und Rempten soll öffentlich meistbietend auf 6 Jahre verpachtet werden.

Der Termin der Vergebung wird auf

Donnerstag, den 1. Juli d. J., vormittags 10 Uhr,
im Geschäftszimmer der diesseitigen Dienststelle anberaumt, woselbst auch die Verpachtungsbedingungen während der Dienststunden eingesehen werden können.

Bingerbrück, den 24. Juni 1920.

Der Vorstand des Preussischen Wasserbauamts.

Zucker wird gegen Obst einzutauschen gesucht.

Anfragen an die Geschäftsstelle d. Bl.

Margarete-Birnen

von 5 Pfd. an abzugeben
Rheinstraße 38,
Rüdesheim.

Aus unserer
Manufaktur-Waren-Abteilung

empfehlen wir

zu besonders vorteilhaften Preisen:

Hemdentuch	80 cm, gute kraft. Ware Mtr.	14.50, 17.50, 22.00, 24.00
Cretonne	145 cm, für Betttücher	Meter 37.50
Körperbieber	80 cm, gebleicht	Meter 19.50, 22.00
Bett-Damast	130 cm, vorzügliche Ware	Meter 45.00
Bett-Damast	160 cm, vorzügliche Ware	Meter 58.00
Bett-Satin	130 cm, gestreift	Meter 48.00
Bett-Cattun	80 cm, prachtvolle Muster	Meter 18.00, 26.50
Kleider-Cattun	helle u. dunkle Muster	Meter 14.50, 17.50
Kleider-Foulardine	Streifen und Tupfen	Meter 22.00
Kleider-Satin	Streifen und Tupfen	Meter 24.00
Voile	110 cm, farbig bestickt	Meter 23.00
Voll-Voile	110 cm, schwere Ware, weiss, rosa, hellblau	Meter 32.00
Kleiderstoff	130 cm, schwarz-weiss	Meter 35.00

Schmoeller, Bingen.

Durch billigere Einkäufe
bedeutend **ermässigte Preise**

im
Photograph. Atelier H. Rudolph,
Rüdesheim a. Rh. Rheinstr. 36.

Prima Salinensalz
(kein Steinsalz)

**Biehsalz,
Hafer,
Haferkleie,
Melasse,
Trockenschmelz**

am Lager

Altes u. neues Kleeheu
in Wagenladungen zu billigsten Tagespreisen.
Georg Strauß, Geisenheim,
Marktstraße 24. Telefon 240.

Zuverlässige Köchin
(für gut bürgerliche Küche)
und braves Hausmädchen
in kleines Einfamilien-
haus zu 2 Personen per
sowohl oder später gesucht.
Schneider, Mainz,
Uferstraße 15.

**Schöne
Johannis-
beeren**

zu haben bei
Wilh. Jörg,
Eibingen.

**Gebrauchter
Kinderklapp-
wagen**

zu kaufen gesucht.
Näher. in der Geschäfts-
stelle d. Bl.

Weinschöne
frisch eingetroffen.
Fischer & Mey,
Rüdesheim.